

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Martin Ehlers

Bürgermeisterin Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Christina Heide

Beigeordneter Howard Jacques

Ratsmitglied Gesche Marxfeld

Beigeordneter Jörg Mückenwarf

Bürgermeister Uwe Reese

Ratsmitglied Detlef Schön

Ratsmitglied Kristian Stoermer

Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ratsmitglied Georg Berner-Waindok

Beigeordnete Antje Johanna Kloster

Ratsmitglied Petra Stomberg

Ratsmitglied Andreas Tönjes

Ratsmitglied Michael von den Berg

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ratsmitglied Andreas Lang

Ratsmitglied Christian Ressel

Ratsmitglied Dr. Günther Schulte

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Ratsmitglied Mirco Danner

Beigeordneter Thorsten Moriß

Ratsmitglied Irina Moriß-Kappes

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Dezernenten

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung

Leiter Referat 2 - Referat für Umwelt, Bau und Feuerwehr Nikša Marušić

Leiterin Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht Marion Winkel-Fiedelak

Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth

Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst

Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller

Protokollführerin

Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Sebastian Seidel

als Gast

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Michael Diers

Fachbereichsleiter Feuerwehr Josef Schun

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

Einwohnerfragestunde auf Seite 21

B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.1	Resolution für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit	66/2020
6.2	Entsendung eines Vertreters in den Vorstand des Verein "Lernort Technik und Natur e. V."	111/2020
6.3	Letter of Intent der Stadt Wilhelmshaven: "Unsere Region braucht einen Bürgerfunk Radio Jade"	127/2020
7.1.1	Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2019 (Kernverwaltung)	65/2020
7.1.2	Ressortverteilung innerhalb der Geschäftsführung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH	125/2020
7.2.1	Erweiterung Küstenmuseum um einen Museumshafen	118/2020
7.3.1	Antrag Gruppe GUS: Änderungen im Stellenplan des Fachbereichs Feuerwehr	533/2019
7.3.2	Antrag Gruppe CDU/WBV: Ausdehnung des Operationsbereiches sowie ggf. personelle Aufstockung des Ordnungsdienstes der Stadt (Ordnungsamt)	508/2020
7.4.1	STEP Plus Wilhelmshaven Integrierter Stadtentwicklungsplan Handlungsprogramm 2020	18/2020
7.4.2	Bebauungsplan Nr. 8, 6. Änderung - Hauptstr. Kreuzung Göker-Bismarckstraße Entwurfsbeschluss	47/2020
7.4.3	Soziale Stadt Städtebauliche Erneuerungsmaßnahme "Westliche Südstadt" Durchbau Havermonikenstraße 2. Bauabschnitt Umgestaltung der Straße Am Handelshafen zwischen Kanalweg 1 A und Kettenstraße	54/2020
7.5.1	Südlich Großer Hafen / Westlich Kaiser-Wilhelm-Brücke – Ausschreibung des Grundstückes als Ideen- und Investorenwettbewerb	53/2020
7.5.2	Sondergebiet Memershausen – Solarpark – Vergabevorschlag	98/2020
7.6.1	Beauftragung eines kommunalen Elektromobilitätskonzeptes	44/2020
7.6.2	Zertifizierung der Stadt Wilhelmshaven als fahrradfreundliche Kommune	45/2020
7.7.1	Jade Stadion - Nutzungsvereinbarung für die Spielzeit 2020/2021	64/2020
7.8.1	Konzept zur Aufstellung eines kommunalen Pflege- und Altenhilfeplanes	32/2020
7.9.1	SPD-Antrag: Installierung einer kommunalen Kita in Wilhelmshaven	504/2020
9.1	Anfrage Gruppe GUS : Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung	520/2019
10	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Nach der Eröffnung wurde **Herr Leinert** mit einer kurzen Ansprache durch den Ratsvorsitzenden verabschiedet. Anschließend erfolgte die Übergabe der Präsente von Rat und Verwaltung. Herr Leinert dankte für die Zusammenarbeit und wünschte dem Rat und der Stadt für die Zukunft gutes Gelingen.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Becker informierte, dass der Tagesordnungspunkt 7.5.2 zurückgezogen werde.

Oberbürgermeister Feist erläuterte auf Nachfrage von **Herrn von den Berg** die Gründe dafür.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 18.12.2019

Herr Tönjes mahnte, die Protokolle künftig frühzeitiger vorzulegen. Er werde daher der Genehmigung nicht zustimmen.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 18.12.2019 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Hellwig)

6.1 Resolution für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

66/2020

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 25.05.2020 vor.

An der ausführlichen Diskussion, die sich besonders mit dem Thema „Toleranz“ befasste, beteiligten sich **Herr Moriß, Herr von den Berg, Herr Walpurgis, Herr Tönjes, Herr Becker, Frau Stomberg, Frau Heide, Herr Schön, Herr Dr. von Teichman, Herr Hellwig, Frau Weinstock, Frau Bakir, Herr Jacques und Herr Hammadi.**

Der im Zuge dessen eingebrachte **Änderungsantrag** von **Herrn Dr. von Teichman:**

„Der letzte Absatz im anhängenden Resolutionstext wird gestrichen“

wurde bei 4 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen **mehrheitlich abgelehnt.**

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die beigefügte Resolution für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und unterstützt damit das Ansinnen des Deutschen Städtetages.

6.2 Entsendung eines Vertreters in den Vorstand des Verein "Lernort Technik und Natur e. V." **111/2020**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 25.05.2020 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 3 Enthaltungen)

Der Rat benennt ab dem 01.06.2020 den zuständigen Dezernenten für Schul- und Bildungsangelegenheiten als Mitglied der Stadt Wilhelmshaven in den Vorstand des Vereins „Lernort Technik und Natur e.V.“.

6.3 Letter of Intent der Stadt Wilhelmshaven: "Unsere Region braucht einen Bürgerfunk Radio Jade" **127/2020**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 25.05.2020 vor.

Herr Dr. von Teichman sah das Vorhaben als grundsätzlich unterstützenswert an, wolle jedoch die folgende **Änderung** beantragen:

„Im Beschlussvorschlag werden die Wörter „Letter of Intent“ durch „Resolution zur Unterstützung“ ersetzt.

Ebenso werden in der Begründung die Wörter „Letter of Intent“ durch „Resolution zur Unterstützung“ ersetzt.“

Nachdem **Herr Dr. von Teichman** den Änderungsantrag begründet hatte, bat **Herr von den Berg** um Auskunft, ob die Verabschiedung dieses „Letter of Intent“ Geldforderungen nach sich ziehen könne.

Herr Schönfelder erklärte, es gebe zwei Möglichkeiten, einen Verein zu unterstützen: Entweder durch eine vertragliche Vereinbarung oder durch eine Zuwendung per Bescheid, welches unter dem Vorbehalt dafür vorhandener Haushaltsmittel stehe. Sofern es also bei einem „Letter of Intent“ bleibe, erwachsen daraus keine Verpflichtungen.

Herr Heinemann ergänzte, bei einem „Letter of Intent“ handele es sich in der Regel um eine Absichtserklärung zur Annäherung zweier Vertragsparteien und damit in diesem Fall um einen unbedenklichen Vorgang.

Herr Becker unterbrach anschließend auf Bitten von Herrn Hellwig die Sitzung für eine **Pause von 16.50 Uhr bis 17.00 Uhr** für fraktionsinterne Beratungen.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung wurde der **Änderungsantrag** von Herrn Dr. von Teichman bei 15 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 9 Nein-Stimmen)

Der Verabschiedung des Letter of Intent zur Arbeit und Fortsetzung der Lizenzierung des Bürgerrundfunks von Radio Jade wird zugestimmt.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsherr Heinemann)7.1.1 Information zum vorläufigen Jahresabschluss 2019 (Kernverwaltung) **65/2020**

Herr Heinemann brachte die Informationsvorlage des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 25.05.2020 ein.

Herr Müller stellte anschließend die Zahlen zum Jahresabschluss vor.

Herr von den Berg nannte die Zahlen hervorragend und dankte dem Fachbereich Finanzen für die geleistete Arbeit. Die Pandemie zeige hier die Schwachstellen auf, die in den vergangenen „guten Jahren“ hätten abgearbeitet werden müssen, wie zum Beispiel im Bereich Personal oder Schulen. Die Personaldecke sei zu dünn und bedürfe dringend einer Aufstockung. Zudem dürfe auch nicht unerwähnt bleiben, dass sowohl die Entschuldungshilfe als auch die Abgaben der Bürger zum guten Ergebnis beitrügen.

Herr Tönjes schloss sich der Einschätzung von Herrn von den Berg an; die „fetten Jahre“ gehörten nunmehr der Vergangenheit an. Es zeige sich, dass die Stadt zu viel an Personal und damit an der Zukunft gespart habe. Dieser Mangel werde nun durch die Pandemie sichtbar. Angesichts der Situation stelle sich ihm die Frage, ob die Verabschiedung eines Doppelhaushaltes sinnvoll sei. Dennoch gelte es, verantwortungsvoll in die Zukunft zu blicken und nicht bei den freiwilligen Leistungen für die Bürger zu sparen.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten vorläufigen Jahresabschluss 2019 zur Kenntnis.

7.1.2 Ressortverteilung innerhalb der Geschäftsführung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **125/2020**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 25.05.2020 vor.

Herr Schönfelder erläuterte anschließend die Gründe für die Erstellung dieser Beschlussvorlage: Die Satzung des Klinikum regle bei mehreren Geschäftsführern die so genannte Gesamtvertretung. Demnach können beide Geschäftsführer das Haus nach außen nur gemeinschaftlich vertreten. Es sei jedoch Wunsch von Rat und Verwaltung gewesen, dass für den Neubau ein Baugeschäftsführer, also ein Geschäftsführer mit ausgewiesener baufachlicher Expertise, eingestellt werde. Der Aufsichtsrat habe daher Herrn Leinert in seiner Sitzung am 6.3. einstimmig zum Baugeschäftsführer gewählt und der Rat habe der Personalgestellung im Wege einer beamtenrechtlichen Zuweisung am 29.4. zugestimmt. In diesem Zusammenhang wolle er Herrn Leinert für die gute Zusammenarbeit danken. Mit dem heutigen Beschluss sollen nun die Aufgabenbereiche klar definiert werden, was in diesem Fall zudem rechtlich vorgeschrieben sei. Dafür gebe es im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen werde eine eindeutige Aufgabenzuständigkeit benötigt, um die Arbeit der beiden

Geschäftsführer effektiv und effizient zu gestalten. Zum anderen werde mit der aufgabenspezifischen Ressortverantwortung die Einzelgeschäftsführungsbefugnis für jeden der Geschäftsführer erreicht. Dies minimiere die jeweiligen Haftungsrisiken. Jeder könne sich so auf den eigenen Ressortbereich konzentrieren. Hier verlange die Rechtsprechung jedoch hohe Anforderungen: Es müsse zum einen eine eindeutige, klare und sachbezogene Aufgabenabgrenzung geben, zum anderen müsse die Zuordnung der Geschäftsführeraufgaben an fachlich geeignete Personen erfolgen. Herrn Leinert werde mit der Aufgabe des Baugeschäftsführers die baufachliche Verantwortung sowohl für den Neubau als auch für den Altbau übertragen. Daneben sei der Betriebsgeschäftsführer für den Betrieb des Krankenhauses zuständig. Ein weiterer rechtlich zwingender Grund sei das Erfordernis, Herrn Leinert wegen der „umsatzsteuerlichen Organschaft“ außerdem zum Leiter des Eigenbetriebs zu machen. Zweck des Eigenbetriebes sei die Sicherstellung der Krankenhausversorgung, zum einen durch die Gestellung des beim Eigenbetrieb beschäftigten Personals an die Gesellschaft (im Zuständigkeitsbereich von Herrn Keil), zum anderen durch die Nutzungsüberlassung der Grundstücke. Wegen des so genannten Gleichlaufs von Organträger und Organgesellschaft, also von Eigenbetrieb und Klinikgesellschaft, müssen sich die Ressortzuschnitte in beiden Gesellschaften abbilden. Das habe zur Folge, dass Herr Leinert zusätzlich als zweiter Betriebsleiter im Eigenbetrieb für die Grundstücke zuständig sei.

Herr Hellwig beantragte für die Gruppe CDU/WBV folgende **Änderung**:

„Die o.g. Vorlage möge wie folgt geändert werden:

Unter der Nummer 1.b. (zweiter Absatz) des Beschlussvorschlages wird hinter „...Planung und Umsetzung des Klinikneubaus (Finanzierung und Vergaben)“ folgender Passus gestrichen:

„... und im bisherigen Klinikbau anfallende notwendige Unterhaltungs- und Baumaßnahmen (Umbau, Anbau, Neuerrichtung)...“.

Frau Weinstock und **Herr Dr. Schulte** zeigten sich skeptisch gegenüber dem Änderungsantrag. Mit der Beschlussvorlage der Verwaltung würde der Beschluss aus der letzten Ratssitzung umgesetzt. Der Änderungsantrag hingegen zerschlage die Bemühungen der Verwaltung um klar abgegrenzte Verantwortlichkeiten. An der verwaltungsseitig vorgeschlagenen Konstruktion sei lange gearbeitet worden und diene der Sicherheit beider Geschäftsführer.

Herr Jacques und **Frau Glaser** sprachen sich für die Änderung aus: laut dem ursprünglichen Ratsbeschluss solle Herr Leinert ausschließlich für den Neubau zuständig sein. Darüber hinaus sei die Einstellung eines gesonderten Baugeschäftsführers erst nach dem Umschwenken von Gesamt- auf Einzelvergabe erfolgt. Beide sahen keine Probleme in der laut Änderungsantrag geforderten Aufteilung. Wichtig sei, nun endlich mit dem Neubau zu starten.

Herr von den Berg erklärte, für die Gruppe GUS sei von Bedeutung, ob Herr Leinert mit dem Änderungsantrag leben könne. Sofern dies der Fall sei, werde die Gruppe diesem ebenfalls zustimmen.

Herr Ehlers führte aus, der Änderungsantrag diene dazu, eine absolute Trennschärfe zwischen den beiden Geschäftsführern zu erzielen und eine voneinander unabhängige Arbeit zu erreichen.

Frau Bakir stimmte den Ausführungen von Herrn Ehlers zu; schließlich berge der Neubau ausreichend Arbeit, da müsse nicht auch noch die Verantwortung für den Altbau hinzugenommen werden.

Herr Prof. Preuß signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zur Beschlussvorlage. Eine genaue Abgrenzung der Aufgabengebiete sei hier besonders wichtig. Man gehe zudem davon aus, dass die von der Verwaltung erarbeitete Vorgehensweise rechtskonform sei. Aus seiner Sicht bestehe keine Notwendigkeit zur Änderung.

Herr Hellwig merkte abschließend an, der Antrag zielen nicht darauf, Zuständigkeiten oder Kompetenzen zu schmälern. Vielmehr gehe es darum, mögliches Konfliktpotential auszuschließen.

Der **Änderungsantrag** der Gruppe CDU/WBV wurde bei 19 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(inkl. Änderung bei 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

1. Die Gesellschafterversammlung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH wird angewiesen, den beiden Geschäftsführern des Klinikums nachfolgende Aufgabenbereiche (Ressorts) zuzuweisen und ihnen für ihr jeweiliges Ressort Einzelgeschäftsführungsbefugnis einzuräumen. Hierzu ist ein Geschäftsführungsverteilungsplan aufzustellen. Eine gegenseitige Vertretung im jeweiligen Ressort findet nicht statt. Beide Geschäftsführer sind trotz der Trennung der Ressorts zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet.

- a. Ressort Geschäftsführung des Krankenhausbetriebs:

Alleinverantwortlicher Geschäftsführer Reinhold Keil mit Befugnis zur Einzelgeschäftsführung, im Aufgabenbereich vertreten durch einen Prokuristen

Alle Angelegenheiten des Krankenhausbetriebs die ambulante und stationäre Heilbehandlung betreffend über die Planung des laufenden Betriebs, die Behandlung von Patientinnen und Patienten im Krankenhaus, die Beschaffung von medizinischem und anderem zum Betrieb erforderlichen Gerät, die Finanzierung des laufenden Betriebs, die Personalverwaltung des Krankenhauses, die Kooperation mit anderen Leistungsträgern und Krankenhäusern, die Klinikum Wilhelmshaven MVZ GmbH und die KW Gesundheitszentrum gGmbH, die Bearbeitung von Rechts- und Haftungsfragen in Zusammenhang mit dem Krankenhausbetrieb

b. Ressort Baugeschäftsführung:

Alleinverantwortlicher Geschäftsführer Oliver Leinert mit Befugnis zur Einzelgeschäftsführung, im Aufgabenbereich vertreten durch einen Prokuristen

Planung und Umsetzung des Klinikneubaus (Finanzierung und Vergaben) ~~und im bisherigen Klinikbau anfallende notwendige Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Baumaßnahmen (Umbau, Anbau, Neuerrichtung)~~ (geändert durch Ratsbeschluss am 27.5.2020) sowie die für den Aufgabenbereich erforderliche personelle Ausstattung und Verantwortung.

2. Die Satzung der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH, die Geschäftsordnungen für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung sowie der Anstellungsvertrag des Geschäftsführers Reinhold Keil sind entsprechend anzupassen.

7.2 Ausschuss für Kultur (Beigeordneter Jacques)7.2.1 Erweiterung Küstenmuseum um einen Museumshafen**118/2020**

Herr Jacques trug den Beschlussvorschlag des Kulturausschusses vom 19.05.2020 vor.

Herr Hellwig erklärte, die Gruppe sehe die benötigten Finanzmittel für beide Schiffe als problematisch an. Zum einen stehe der städtische Haushalt vor dem Hintergrund der Corona-Krise ohnehin vor Problemen, zum anderen sei der touristische Wert eher fraglich. Die für die Herrichtung des Feuerschiffs benötigte Summe sei zwar hoch, aber noch vertretbar, nicht aber für die „Kapitän Meyer“. Hier fehle der Bezug zur Stadt. Die Gruppe werde daher der Sanierung des Feuerschiffes und der Ufersanierung zustimmen, die übrigen Punkte aber ablehnen. Er bitte aus diesem Grund um **getrennte Abstimmung** über die einzelnen Punkte der Beschlussvorlage und um eine sachliche Diskussion

Herr von den Berg führte aus, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie führten zu großen Herausforderungen, mit denen sich die Stadt noch lange werde auseinandersetzen müssen. Sollte dem Beschlussvorschlag heute in Gänze zugestimmt werden, sehe er das Risiko, dass damit die freiwilligen Leistungen für die kommenden Jahre sehr eingeschränkt würden. Er halte es hingegen für immens wichtig, jeden Euro in nachhaltige Projekte zu investieren, wie zum Beispiel die Bildung. Zudem dürften die Folgekosten für die Unterhaltung beider Schiffe nicht außer Acht gelassen werden. Auch er könne daher nicht dem kompletten Beschlussvorschlag folgen, finde aber den Kompromiss, nur das Feuerschiff herzurichten, zustimmenswert.

Herr Schön zeigte sich sehr erfreut über die Beschlussvorlage. Für ihn gehörten beide Schiffe als Blickfang in den Großen Hafen und erweiterten das kulturelle Angebot. Hier wolle er der WHV für den Einsatz um den Erhalt der Schiffe danken. Auch die Umgestaltung der Kaikante stelle ein besonderes touristisches Highlight dar, für welches das Geld gut investiert sei. Er machte darauf aufmerksam, dass

außerdem die Förderzusage für die Schiffe bereits erfolgt sei und es fatal wäre, diese Mittel nicht in Anspruch nehmen, besonders im Hinblick auf spätere Förderanträge. Auch wenn er die Mittel zur Bauunterhaltung für zu hoch geschätzt erachte, handele es dennoch um eine Investition in die Zukunft der Stadt. Er bat außerdem zu beachten, dass der Anteil, den die Kultur an den Gesamtausgaben des städtischen Haushaltes in Anspruch nehme, mit 1,1% sehr gering sei. Vor diesem Hintergrund appellierte er dringend, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Tönjes erklärte, es sei zwar schön, wenn die Schiffe erhalten werden könnten, doch der künftige Kostenbedarf sei kaum einschätzbar. Zudem gebe es zahlreiche Baudenkmäler in der Stadt, die es zu erhalten gelte; die Schiffe hingegen müssten seiner Einschätzung nach eher als maritime Technik angesehen werden. Angesichts der zu erwartenden finanziellen Belastung könne er das Vorhaben jedoch nicht verantworten, schließlich sei die Stadt kein Museum für maritime Technik. Er könne der Vorlage daher auch nicht in Gänze zustimmen.

Anschließend wurde die Sitzung für eine **Pause von 18.00 Uhr bis 18.15 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Fortsetzung der Diskussion um Tagesordnungspunkt 7.2.1.

Frau Bakir hielt dem entgegen, dass die Schiffe zwingend zu einer Stadt am Meer gehörten. Sie halte beide Schiffe für unterstützenswert. Zwar handele es sich um eine freiwillige Leistung, doch halte sie es für dringend geraten, auch den Kulturbereich zu unterstützen. Sie bitte daher, gemeinsam für die Vorlage zu stimmen.

In Richtung von Herrn Marušić, Herrn Leinert und Herrn Diers bat sie anschließend um Auskunft über die Nebenkosten.

Herr Marušić erläuterte daraufhin die Zahlen: Nach intensiven Gesprächen habe man versucht, die Folgekosten möglichst realistisch abschätzen zu können. Dabei hätten sich folgende Werte (über 20 Jahre gemittelt) ergeben:

Als Kosten für die Ausstellung (inklusive Personal, Heizung, Reinigung, Preissteigerungen) liefen für das Feuerschiff 110 T€ pro Jahr auf, für die „Kapitän Meyer“ 50 T€ pro Jahr. Für die Bauunterhaltung entfielen auf das Feuerschiff 50 T€ pro Jahr und auf die „Kapitän Meyer“ 60 T€ pro Jahr. Zu der Gesamtsumme für die Schiffe in Höhe von 270 T€ jährlich müsse die Investition für den Bau der Treppe über 40 T€ hinzugerechnet werden, so dass in Summe mit rund 310 T€ jedes Jahr gerechnet werden müsse. Diese Angaben könnten jedoch nur eine Abschätzung der Kosten darstellen.

Die **Herren Leinert** und **Diers** bestätigten die Zahlen.

Nachdem **Herr Tönjes** um Auskunft über die Folgen einer Ablehnung gebeten hatte, erklärte **Oberbürgermeister Feist**, es werde in dem Fall keinen neuen Beschlussvorschlag mehr geben. Mehr Fördermöglichkeiten gebe es nicht und die aufgeführten Zahlen seien sehr belastbar. Im Falle einer Ablehnung müsse sich die Stadt von den Schiffen trennen; entweder durch einen Verkauf oder im Wege der Entsorgung.

Herr Ehlers merkte an, die Gruppe habe sich die Entscheidung für die Sanierung nicht leicht gemacht. In diesem Zusammenhang wolle er allen Beteiligten für deren Engagement danken. Es müsse jedoch die Frage gestellt werden, was sich die Stadt leisten könne. Hier werde er der Sanierung des Feuerschiffs zustimmen, den Rest aber ablehnen. Die „Kapitän Meyer“ besitze keinen historischen Bezug zur Stadt, sie sei vielmehr durch Zufall in den Besitz der Stadt gelangt. Dennoch handele es sich auch bei diesem Schiff um ein Denkmal, was gegebenenfalls durch privatwirtschaftliches ehrenamtliches Engagement bewirtschaftet werden könne. Die Stadt allein könne dies jedenfalls nicht leisten. Die Schiffe stellten einen großen Block im Kulturbereich dar, der die Mittel an sich binde. Dieses Geld fehle dann an anderer Stelle für neue Ideen oder Konzepte. Er bat um Verständnis dafür, dass sich die Stadt keine zwei Schiffe leisten könne.

Herr Dr. Schulte hielt dem entgegen, dass mit Hilfe der Schiffe mehr Touristen in die Stadt kämen und sich dadurch zu einer Attraktion entwickeln könnten. Zudem werde das Küstenmuseum endlich aufgewertet. Auch die hohe Förderquote von 90 % durch den Bund dürfe nicht außer Acht gelassen werden. Die übrigen Kosten könne die Stadt seines Erachtens durchaus aufbringen. Für die Stärkung des Tourismus und die Steigerung der Attraktivität rund um das Küstenmuseum bedürfe es nun einmal gewisser Investitionen. Er bitte zudem, nicht einzig das Thema „Corona“ als Grund für die Ablehnung kostenintensiver Vorhaben heranzuziehen. Die finanziellen Folgen dieser Krise würden durch ausreichende Hilfsangebote abgefedert.

Herr Stoermer appellierte, jetzt in ein neues Museumskonzept und in die Schiffe zu investieren. Schließlich bestätigten sowohl das Tourismuskonzept als auch Step Plus das Fehlen von Schiffen im Großen Hafen. Es sei an der Zeit, diese Empfehlungen umzusetzen.

Herr Jacques bemängelte, dass beim Thema Kultur immer mit fehlenden Haushaltsmitteln argumentiert werde. Die Schiffe stellten einen Teil des Tourismuskonzeptes, das es nun mit Leben zu füllen gelte. Durch die Corona-Krise werde sich sicher auch das Reiseverhalten vieler Menschen ändern und damit Ziele in Deutschland wieder mehr ins Visier rücken. Dies müsse die Stadt nutzen und in den Tourismus investieren. Wichtig sei, damit endlich anzufangen. Daher bitte er dringend, diesem gelungenen Entwurf zuzustimmen.

Frau Zaage bezweifelte, dass die Schiffe mehr Touristen in die Stadt brächten. Zudem könne das Feuerschiff aufgrund mangelnder Schwimmfähigkeit nicht den Hafen verlassen, um auf diese Weise Einnahmen zu generieren. Der einzige Vorteil liege in dem Umstand, dass es aufgrund dieses Umstandes in Wilhelmshaven liegen bleiben und hier Instandgesetzt werden müsse. Sie könne außerdem das Argument, der Stadt fehlten Schiffe, nicht nachvollziehen. Schließlich sei Wilhelmshaven eine Marinestadt, in der es zahlreiche Marineschiffe zu sehen gebe. Hinsichtlich der Kosten gebe sie zu bedenken, dass sich die jährlichen Unterhaltungskosten dennoch summieren würden. Diese müssten später durch die heutige Jugend gezahlt werden. Sie hielte es daher für sinnvoller, das Geld anderweitig zu investieren. Sie verließ abschließend ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sich nach der Sanierung des Feuerschiffs ein Verein finde, der das Schiff unterhalte.

Frau Stomberg zeigte sich skeptisch hinsichtlich der vorgestellten Kosten. Zum einen müsse bei Sanierungen generell mit Kostensteigerungen gerechnet werden, zum anderen sei nicht zu erwarten, dass die Eintrittsgelder nennenswert zur Kostenreduktion beitragen könnten. Nachdem sie dargelegt hatte, wo ihrer Meinung nach Diskrepanzen in den Zahlen bestünden, gab sie zu bedenken, dass es in der Stadt andere Kulturdenkmäler und Bauten gebe, die weit mehr unterstützenswert seien.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, dass Touristen durchaus auch zum Beispiel aufgrund der Großexponate im Marinemuseum in die Stadt kämen. Von daher solle sich die Stadt ruhig weitere derartige Exponate anschaffen. Darüber hinaus interessiere es einen Touristen sicher weniger, welchen Bezug diese Schiffe zur Stadt hätten. Darüber hinaus dürfe die hohe Förderquote für beide Schiffe nicht in Berlin liegen gelassen werden, zumal deren Sanierung an diese Förderung gebunden sei. Der Rat dürfe diesen Weg nicht verbauen; er müsse die Chance nutzen und der Vorlage zustimmen. Bezüglich der Skepsis vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzlage wolle er abschließend noch darauf hinweisen, dass zum Beispiel auch die Südstadt trotz leerer Kassen mit Hilfe von Fördergeldern aufwändig saniert werden konnte.

Der anschließend von **Frau Weinstock** eingebrachte **Geschäftsordnungsantrag auf Schließen der Rednerliste** wurde bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Walpurgis** gab **Herr Marušić** eine kurze Übersicht über die Kosten der zu diesem Thema erstellten Gutachten: Für das Feuerschiff seien 12 T€, für die „Kapitän Meyer“ 8 T€ und für ein Schadstoffgutachten 4 T€ angefallen. Das ergebe eine Gesamtsumme von 24 T€.

Herr Ressel appellierte, die viele Arbeit zu diesem Thema nicht zunichte zu machen und bat dringend um Zustimmung für beide Schiffe. Aus seiner Sicht gehöre auch die „Kapitän Meyer“ zur Stadt. Abschließend verließ er seinem Bedauern über den derzeitigen Standort und den Zeitpunkt der Verlegung der Schiffe Ausdruck.

Herr Diers warnte vor einer zu emotional geführten Debatte und bat, nunmehr eine Entscheidung zu treffen. Zwar sei die touristische Bedeutung eher gering aufgrund des generell geänderten Verhaltens der Besucher, doch gehörten die Schiffe nun einmal zur Stadt und die Möglichkeit der Förderung könne nicht ausgeschlagen werden. Er wolle zugleich aber auch dringend ein ganzheitliches Konzept für die Schiffe gemeinsam mit dem Küstenmuseum anmahnen. Die Schiffe dürften nicht isoliert betrachtet werden. Er rate, die Zeit der Überholung dazu zu nutzen, ein gutes tragfähiges Konzept zu erarbeiten. Außerdem brauche die Stadt über die Museumsschiffe hinaus auch fahrende Schiffe als zusätzliche Attraktion. Diese gelte es, in die Stadt zu holen.

Auf die Frage von **Herrn Tönjes**, ob die Förderung tatsächlich an einem Ausstellungskonzept hänge, erklärte **Herr Marušić**, dass die zugesagte Förderung auf die Erhaltung der Schiffe als Denkmal ausgelegt sei und nicht auf ein Ausstellungskonzept.

Nachdem die Rednerliste abgeschlossen war, ergab die anschließende **getrennte Abstimmung** folgendes Ergebnis:

1. Feuerschiff Weser

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

a) Das Feuerschiff „Weser“ wird bis zu einer Gesamtsumme von 1,655 Mio. € umfassend instand gesetzt. Es liegen Fördermittelzusagen des Bundes in Höhe von 1,555 Mio. € vor. Haushaltsmittel in Höhe von 1,455 Mio. € sind im Doppelhaushalt 2019/2020 bereits veranschlagt. Weitere 200.000 € werden für erwartete Preissteigerungen zusätzlich im Doppelhaushalt 2021/2022 veranschlagt.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

b) Dem Ausstellungskonzept zur Installation einer Dauerausstellung gem. des anliegenden Konzeptes Küstenmuseum (Anlage 1) wird zugestimmt. Haushaltsmittel in Höhe von 476.000 € sind im Doppelhaushalt 2019/2020 bereits veranschlagt.

2. Liegeplatz Museumsschiffe und Treppenlösung

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –
(bei 1 Enthaltung)

a) Der für die Verlegung der Museumsschiffe an den Bontekai/Nord-Gazelle-Brücke notwendige Liegeplatz wird im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht durch die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft instand gesetzt. Die dafür erforderlichen Mittel stehen im Wirtschaftsplan bereit.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen)

b) Zur Steigerung der touristischen Attraktivität wird vor die Spundwand am Übergang Bontekai / Nord-Gazelle-Brücke eine Treppe zum Wasser vorgesehen (Anlage 2). Dafür werden die im Projekt Feuerschiff für die Spundwand eingeplanten Mittel in Höhe von 779.000 € verwendet. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Doppelhaushalt 2019/2020 bereits veranschlagt.

3. Kapitän Meyer

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

a) Der Tonnenleger "Kapitän Meyer" soll umfassend saniert werden. Die dafür vorgelegte Kostenschätzung in Höhe von 2,034 Mio. € wird zur Kenntnis genommen. Die erforderlichen Haushaltsmittel werden im Doppelhaushalt 2021/2022 veranschlagt.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

b) Dem Ausstellungskonzept zur Installation einer Dauerausstellung gem. des anliegenden Konzeptes Küstenmuseum (Anlage 3) wird zugestimmt. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 285.600,00 € werden im Doppelhaushalt 2021/2022 veranschlagt.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 16 Nein-Stimmen)

c) Die Zustimmung zur Sanierung erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung von Fördermitteln in Höhe von 90 % der Investitionskosten.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 16 Nein-Stimmen)

d) Die Verwaltung wird beauftragt zum Zweck der Sanierung der „Kapitän Meyer“ Fördermittel beim Bund im Rahmen der Denkmalpflege (BKM) und beim Land Niedersachsen zu beantragen.

4. Folgekosten

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt –
(bei 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Die für die Folgekosten erforderlichen Mittel (Anlage 4) werden bereitgestellt.

7.3 Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungs- fragen (Ratsherr Heinemann)

7.3.1 Antrag Gruppe GUS: Änderungen im Stellenplan des Fachbereichs Feuerwehr **533/2019**

Herr von den Berg trug den Antrag der Gruppe GUS vor und begründete diesen. Anschließend **beantragte der die Vertagung des Antrages**, um dem neuen Leiter des Fachbereichs Feuerwehr ausreichend Zeit zur Einarbeitung zu ermöglichen.

Die **Herren Jacques** und **Heinemann** stimmten den Ausführungen von Herrn von den Berg zu.

Herr Jacques lobte die Arbeit der Feuerwehr; Herr Heinemann berichtete außerdem, dass der Leiter in der nächsten Sitzung des Personalausschusses als Gast über den aktuellen Sachstand berichten werde.

Der **Vertagungsantrag** von Herrn von den Berg wurde **einstimmig angenommen**.

Beschluss: -vertagt-

ANTRAG

1) Die Verwaltung wird beauftragt, Änderungen im Stellenplan des Fachbereichs Feuerwehr (FB 37) und eine Vorlage zu einem entsprechenden Nachtragsstellenplan bis zum Ende des zweiten Quartals 2020 vorzubereiten und dem Rat zum Beschluss vorzulegen.

2) Die Verwaltung wird beauftragt schnellstmöglich Planstellen des Rückwertigen Dienstes auf Basis der Handlungsempfehlungen der vorliegenden Organisationsuntersuchung neu zu beschreiben sowie zu bewerten und somit die Attraktivität der zum Teil unbesetzten Stellen zu steigern.

~~3) Für die Stellen von Einsatzleiterinnen und Sachbearbeiterinnen, die derzeit mit der Besoldungsgruppe A10 bewertet werden, soll anhand des KGSt-Berichtes für Berufsfeuerwehren (Juni 2019) und ggf. anhand neuer Stellenbeschreibungen eine Höherbewertung auf die Besoldungsgruppe A11 erfolgen.~~

7.3.2 Antrag Gruppe CDU/WBV: Ausdehnung des Operationsbereiches sowie ggf. personelle Aufstockung des Ordnungsdienstes der Stadt (Ordnungsamt) **508/2020**

Herr Heinemann trug den Antrag der Gruppe CDU/WBV vor und begründete diesen anschließend.

Herr Dr. von Teichman beantragte die **Verweisung des Antrages** an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz zur weiteren Vorbereitung.

Herr Schönfelder sah von Seiten der Verwaltung kein Problem in der Verweisung an den Fachausschuss.

Der Antrag von Herrn Dr. von Teichman auf Verweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz wurde daraufhin **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen-**

Die Verwaltung wird beauftragt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt, den Operationsbereich des städtischen Ordnungsdienstes auf den Bereich Bismarckstraße, zwischen Rathausplatz und Banter Weg sowie – während der Saison (Mai bis einschließlich September) – auf die Promenade am Südstrand und den dortigen Deichverteidigungsweg auszudehnen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob die personelle Ausstattung des Ordnungsdienstes grundsätzlich und vor dem Hintergrund der zusätzlichen Aufgaben ausreichend ist. Ggf. sind seitens der Verwaltung die fehlenden erforderlichen Stellen incl. ggf. neueinzustellenden zusätzlichen Personals zu beantragen.

7.4 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)7.4.1 STEP Plus Wilhelmshaven
Integrierter Stadtentwicklungsplan
Handlungsprogramm 2020**18/2020**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.03.2020 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 1 Enthaltung)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt das fachübergreifend abgestimmte Handlungsprogramm 2020 – 2023 (Anlage 1) entwickelt aus dem beschlossenen Handlungskonzept des Stadtentwicklungsplans vom 26.11.2014 und dem beschlossenen Handlungsprogramm 2016 vom 16.12.2015.

Die Anlage 1 ist Bestandteil des Protokolls.

Achtung NEU: Inklusiv Liste des Ortsrates

7.4.2 Bebauungsplan Nr. 8, 6. Änderung
Hauptstr. Kreuzung Göker-Bismarckstraße
Entwurfsbeschluss**47/2020**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.03.2020 vor.

Herr Dr. von Teichman äußerte seine Zweifel und hielt das Vorhaben für noch nicht ausgereift. Aus diesem Grund **beantragte** er eine **Vertagung**.

Dieser Antrag wurde **mehrheitlich abgelehnt**.

An der folgenden kurzen Diskussion beteiligten sich die **Herren Hellwig, Schön, Dr. von Teichman, von den Berg, Ehlers und Leinert**.

Dabei ging es einerseits um die Aufwertung des Bereichs durch den Hotelneubau und die positiven Auswirkungen auf den dort ansässigen Einzelhandel, sowie den Tourismus allgemein. Außerdem wurde davor gewarnt, durch eine Ablehnung den Investor zu verprellen, der bereits seit zwei Jahren am Projekt arbeite. Dem gegenüber stand das Argument, durch eine Vertagung mehr Zeit für die Klärung offener Fragen und widersprüchlicher Aussagen zu gewinnen.

Der im Rahmen der Diskussion eingebrachte Antrag von **Herrn Ehlers** auf **Verweisung in den Ausschuss für Planen und Bauen** wurde ebenfalls **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 11 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. **8, 6. Änderung**-HAUPTSTR. KREUZUNG GÖKER- BISMARCKSTRA. - zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.4.3 Soziale Stadt

54/2020

Städtebauliche Erneuerungsmaßnahme "Westliche Südstadt"Durchbau Havermonikenstraße 2. BauabschnittUmgestaltung der Straße Am Handelshafenzwischen Kanalweg 1 A und Kettenstraße

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 10.03.2020 vor.

Herr Möhle beantragte für die Gruppe CDU/WBV die folgende **Änderung**, bei der die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages in geänderter Reihenfolge aufgeführt und abgearbeitet werden sollten:

„1. Die Verwaltung wird beauftragt für den Ankauf der Grundstücke des „Westgleises“ in Ankaufsverhandlungen mit der DB Netz AG zu treten.

2. Nach dem Ankauf wird die Straßenbaumaßnahme mit den Gesamtkosten in Höhe von € 2.108.000.- gemäß vorgelegter Entwurfsplanung durchgeführt.

3. Nach der Genehmigung der Entwurfsplanung werden die Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) mit der Durchführung der Straßenbaumaßnahme beauftragt.

Gleichzeitig ist in der Begründung im 4. Absatz der Satz „Im Bereich zwischen Kettenstraße und Werftstraße kann auf den verkehrlichen Anschluss der Ahmstraße verzichtet werden“ ersatzlos zu streichen.“

Der **Änderungsantrag** wurde bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

An der folgenden Diskussion, bei der einige Sachfragen geklärt wurden, beteiligten sich die **Herren Dr. von Teichman, Danner, Leinert, von den Berg und Schön**.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-
(inklusive Änderung bei 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

~~1. Der Durchführung der o.g. Straßenbaumaßnahme mit Gesamtkosten in Höhe von € 2.108.000.- gemäß vorgelegter Entwurfsplanung wird zugestimmt.~~

~~2. Die Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) werden mit der Ausführung der Straßenbaumaßnahme beauftragt.~~

~~3. Die Verwaltung wird beauftragt für den Ankauf der Grundstücke des „Westgleises“ in Ankaufsverhandlungen mit der DB Netz AG zu treten.~~

1. Die Verwaltung wird beauftragt für den Ankauf der Grundstücke des „Westgleises“ in Ankaufsverhandlungen mit der DB Netz AG zu treten.

2. Nach dem Ankauf wird die Straßenbaumaßnahme mit den Gesamtkosten in Höhe von € 2.108.000.- gemäß vorgelegter Entwurfsplanung durchgeführt.

3. Nach der Genehmigung der Entwurfsplanung werden die Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) mit der Durchführung der Straßenbaumaßnahme beauftragt.

(geändert auf Antrag der Gruppe CDU/WBV im Rat am 27.05.2020)

7.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Ratsherr Möhle)

7.5.1 Südlich Großer Hafen / Westlich Kaiser-Wilhelm-Brücke – Ausschreibung des Grundstückes als Ideen- und Investorenwettbewerb **53/2020**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 05.03.2020 vor.

Die **Herren von den Berg** und **Hellwig** signalisierten die Zustimmung ihrer Gruppen und verliehen ihrer Hoffnung auf gute Ergebnisse Ausdruck.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Anliegendes Exposé wird freigegeben.

7.5.2 Sondergebiet Memershausen – Solarpark – Vergabevorschlag **98/2020**

zurückgezogen

7.6 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

7.6.1 Beauftragung eines kommunalen Elektromobilitätskonzeptes **44/2020**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 04.03.2020 vor.

Nach einem Einwand von **Herrn Dr. von Teichman** machte **Oberbürgermeister Feist** darauf aufmerksam, dass die Stadt den Rat der GEW als Kompetenzzentrum in Sachen Energieversorgung in Anspruch nehmen will. Es handele sich hier jedoch nicht um eine Entscheidung über künftige Investitionen. Die GEW werde nicht automatisch an der Umsetzung beteiligt.

Herr Walpurgis erinnerte an die Vorgeschichte und lobte das Vorhaben.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 4 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Verwaltung zu beauftragen, einen Förderantrag für ein kommunales Elektromobilitätskonzept mit einem Schwerpunkt „Ladeinfrastruktur“ zu stellen und ein solches in Auftrag zu geben.

7.6.2 Zertifizierung der Stadt Wilhelmshaven als fahrradfreundliche Kommune **45/2020**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 04.03.2020 vor.

An der folgenden kurzen Diskussion über die Kosten und den Zweck der Zertifizierung beteiligten sich **Herr Moriß, Frau Kloster, Herr Marušić, Herr Jacques, Herr von den Berg, Herr Walpurgis, Herr Ehlers, Herr Prof. Preuß, Herr Müller, Herr Dr. von Teichman** und **Herr Tönjes**.

Es bestand allgemein Einigkeit über die positiven Aspekte der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes. Es wurde signalisiert, dass die damit verbundenen Kosten sich in einem eher übersichtlichen Rahmen bewegten und generell im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets zu bewerkstelligen seien.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Nein-Stimmen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, eine Zertifizierung als „fahrradfreundliche Kommune“ durch die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e.V.“ anzustreben und die dafür notwendigen Maßnahmen, insbesondere die Aktualisierung des kommunalen Radverkehrskonzeptes, in die Wege zu leiten.

Anschließend wurde die Sitzung für eine **Pause von 20.00 Uhr bis 2015 Uhr** unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung der Vorlage des Sportausschusses.

7.7 Ausschuss für Sport (Ratsherr Möhle)

7.7.1 Jade Stadion - Nutzungsvereinbarung für die Spielzeit 2020/2021 **64/2020**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Sport vom 12.03.2020 vor und beantragte gleichzeitig die **Vertagung** dieses Punktes. Anschließend begründete er diesen Antrag.

An der lebhaften Diskussion über die Vor- und Nachteile einer Vertagung beteiligten sich die **Herren Oberbürgermeister Feist, Reese, Dr. von Teichman** und **Walzner**.

Der Vertagungsantrag von Herrn Möhle wurde anschließend bei 8 Gegenstimmen **mehrheitlich angenommen**.

Beschluss: -vertagt-

1. Das Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Spielzeit 2020/2021 eine vertragliche Vereinbarung zu schaffen, die eine gemeinsame Nutzung der beiden am Interessenbekundungsverfahren

beteiligten Vereine nach folgenden Maßgaben vorsieht:

- a) Beiden Vereinen wird Platz 1 im Stadion abwechselnd für die Heimspiele sowie für das jeweilige Abschlusstraining der 1. Herrenmannschaften zur Nutzung zur Verfügung gestellt.
 - b) Die Bewirtschaftung und Nutzung des gastronomischen Bereiches einschließlich VIP-Bereich wird einem Dritten übertragen, der beiden Vereinen gestattet, diesen zu den jeweiligen Heimspielen nach ihren Vorstellungen zu nutzen.
 - c) Die Nutzung der Bandenwerbung orientiert sich an den im Interessenbekundungsverfahren vorgelegten und konkretisierten Bedarfen der Vereine und ist flächenmäßig danach aufzuteilen.
 - d) Das Nutzungsentgelt ist von beiden Vereinen hälftig zu tragen.
3. Das Jade Stadion wird grundsätzlich nicht als vereinseigene Sportanlage zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, den SV Wilhelmshaven bei der Suche nach einer geeigneten Sportanlage zur Nutzung für die anderen Mannschaften zu unterstützen.

7.8 Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Bürgermeister Reese)

7.8.1 Konzept zur Aufstellung eines kommunalen Pflege- und Altenhilfeplanes **32/2020**

Herr Reese trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.02.2020 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Aufstellung eines kommunalen Pflege- und Altenhilfeplanes zu entwickeln und dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit in seiner nächsten Sitzung vorzulegen und dabei auch auf die Erkenntnisse aus dem Entwicklungsprozess im Jahr 2009 zurückzugreifen.

7.9 Jugendhilfeausschuss (Ratsherr Dr. Schulte)

7.9.1 SPD-Antrag: Installierung einer kommunalen Kita in Wilhelmshaven **504/2020**

Herr Dr. Schulte beantragte die **Verweisung an den Jugendhilfeausschuss**, da der Antrag dort noch nicht vorbereitet worden sei.

Der Verweisungsantrag wurde **einstimmig angenommen**.

Beschluss: -an Fachausschuss **verwiesen**-

Die SPD-Fraktion beauftragt die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven eine kommunale Kita in Wilhelmshaven zu installieren.

Die Stadtverwaltung soll mit der Prüfung zur Gründung einer kommunalen Kita mit Ganztagsbetreuung beauftragt werden. Nach

der Prüfung soll eine detaillierte Planung hierzu erstellt und den zuständigen Gremien vorgelegt werden.

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es lagen keine Berichte vor.

9 Anfragen

9.1 Anfrage Gruppe GUS: Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung **520/2019**

Herr Schönfelder bat um einen weiteren Aufschub der Beantwortung auf die nächste Ratssitzung, da aufgrund der personellen Situation im vorbereitenden Fachbereich nach wie vor keine Vorbereitung möglich gewesen sei.

Herr von den Berg erklärte sich einverstanden, verwies aber auf die mittlerweile lange Bearbeitungsdauer dieser Anfrage. Eventuell müsse nach alternativen Möglichkeiten einer Beantwortung gesucht werden.

Oberbürgermeister Feist bestätigte die hohe Bedeutung dieses Themas. Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation hätten alle betroffenen Fachbereiche und allen voran die SDW bezüglich der Digitalisierung hervorragende Arbeit geleistet. Die Pandemie habe einen hohen Arbeitsdruck erzeugt und viele personelle Ressourcen gebunden. Er bitte daher um Nachsicht; die Anfrage habe trotz allem hohe Priorität. Er hoffe, dass eine Beantwortung zur nächsten Ratssitzung möglich sei.

Herr Tönjes machte darauf aufmerksam, dass die Anfrage bereits aus September des Vorjahres datiere. Er habe Verständnis für die aktuellen Probleme, die aber wiederum nur das Ergebnis der Personaleinsparungen der Vergangenheit zeigten. Es gebe ein schlechtes Bild, wenn die Beantwortung einer Anfrage derart lange auf sich warten lasse. Er bitte dringend um Antwort in der nächsten Sitzung.

10 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:53 Uhr

gez.

gez.

gez.

Becker
Ratsvorsitzender

Feist
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin